

Neue

Freie
Zeitung

Nr. 8 • Donnerstag, 19. Februar 2015

Neue Freie Zeitung (NFZ), Redaktions-Schmidl-Post 4/3a,
A-1080 Wien • E-Mail: Redaktionen.reaktion.nfz@fpoe.at
Tel.: 01 (0) 123 53 53 • Fax: 01 (0) 123 53 51 • www.fpo.at
Publ. Nr. 622363/8 W

€ 0,80

FPÖ Vorarlberg deckt grünen Postenschacher auf

Kaum in der Landesregierung folgt auch schon der Sündenfall der Grünen im Ländle. Grün-Landesrätin Wiesflecker will die Frauenberatungsstelle „femail“ nach ihrem Gutdünken umgestalten und personell besetzen. FPÖ-Frauensprecherin Nicole Hosp (Bild) fordert Konsequenzen. **S. 13**



Foto: FPÖ Vorarlberg

Wüste ORF-Attacken auf HC Straches FPÖ

Staatsfunk-Künstler außer Rand und Band – Nervosität vor FPÖ-Erfolgen spürbar **S. 6/7**

HC Strache schickt Faymann zu Song-Contest

1.800 FPÖ-Anhänger beim Aschermittwoch in Ried – **S. 2-5**



PARLAMENT

Matura-Pannenserie

„Ups, das hätte nicht passieren sollen...“ bekamen Schüler zu lesen, die ihre Arbeiten auf den Server des Bildungsministeriums laden wollten. Die Zentralmatura ist für FPÖ-Bildungssprecher Rosenkranz ein „aus den Fugen gerates SPÖ-Prestigeobjekt“. **S. 9**

AUSSENPOLITIK

Kritik an FRONTEX-Chef

Der neue Chef der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX will auf dem Mittelmeer keine Flüchtlingsboote mehr stoppen. „Völlig inakzeptabel“, sagt FPÖ-EU-Delegationsleiter Harald Vilimsky und bekommt Unterstützung von Italiens Innenminister. **S. 11**

OBERÖSTERREICH

Absage an Asylpolitik

Die Mehrheit der Oberösterreicher erteilt der Integrations- und Asylpolitik der rot-schwarzen Koalition eine klare Absage. FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner fordert eine umgehende Kurskorrektur der Bundesregierung. **S. 12**

WIEN

Wiener Spaziergänge

Hans Moser sang: „Der Doktor Lueger hat mir einmal die Hand gereicht und hat gesagt: Mein braver Steuerträger...“ Ob irgendwann etwas Ähnliches über Häupl gesungen wird, fragt sich Hannes Wolff in der neuen Kolumne „Wiener Spaziergänge“. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Alexander Höferl
alexander.hoeferl@fpoe.at

Viele erinnern sich noch an die Posse um die verhinderte Ordensverleihung an FPÖ-Obmann HC Strache. Die Regierung beschloss 2012, Strache solle in den Genuss eines Ehrenzeichens der Republik kommen. Bundespräsident Heinz Fischer weigerte sich jedoch aus fadenscheinigen Gründen, die Verleihung vorzunehmen. Es roch nach einem abgekarteten Spiel, um den Oppositionsführer bloßzustellen. Der war jedoch ohnehin nicht in die aufgestellte Eitelkeits-Falle getappt und hatte im Vorfeld angekündigt, den Orden den Bürgern zu stiften und ausstellen zu lassen, anstatt ihn selbst zu tragen.

Orden für EU-Bonzen

Jetzt sorgt wieder eine Ordensverleihung für Aufregung. Ausgerechnet der sozialistische Ober-Apparatschik Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, soll geehrt werden. Ein Mann, der – wie der freiheitliche EU-Delegationsleiter Harald Vilimsky betont – Verteilungsgerechtigkeit predigt und im Gegenzug höchst steuer-schonend 24.000 Euro monatlich einsackt. Vermutlich könnte er nebenbei auch schon einen Ordenshandel aufmachen. Wer mag erahnen, wie viele der EU-hörigen Regierungen ihn bereits mit Medaillen für seine fragwürdigen Verdienste bedacht haben?

Über den ehemaligen sowjetischen Staatschef Breschnew witzelte man, das Herunterfallen seiner Ordensjacke habe ein Erdbeben ausgelöst. Auch Schulz und Co. wären wohl in der Lage, seismographische Schwingungen zu verursachen. Vilimsky sieht Schulz als Kandidat für einen „Hammer-und-Sichel-Orden“. Den trug Breschnew vermutlich auch.

HC an Faymann: Song-Conte

1.800 begeisterte Besucher jubelten HC Strache und Manfred Haimbuchner

Freiheitliche Tradition am Aschermittwoch: Eine mit 1.800 Besuchern bis auf den letzten Platz ausverkaufte Jahnturnhalle in Ried im Innkreis, Heringssalat, Brezen und Bier und dazu ein Feuerwerk an politischen Pointen, dargebracht von FPÖ-Obmann HC Strache und Oberösterreichs Landesrat Manfred Haimbuchner.

Dieses erprobte Rezept ließ den politischen Aschermittwoch der FPÖ auch 2015 zu einem großen Erfolg werden. Es war bereits die 24. Auflage.

Islamismus und Alkoholismus

Den Anfang machte Hausherr Manfred Haimbuchner mit deutlicher Kritik an denjenigen, die gegenüber Integrationsverweigerern zu nachgiebig sind. „Jene, die ständig in die Knie gehen, werden heuer abgewählt“, richtete er vor den Landtagswahlen insbesondere der SPÖ aus. Den immer wiederkehrenden Aussagen der vereinigten Linken, der Islamismus habe nichts mit dem Islam zu tun, hielt Haimbuchner entgegen: „Der Alkoholismus hat ja mit Alkohol auch nichts zu tun.“ Auch die ÖVP bekam ihr Fett ab. Haimbuchner: „In Oberösterreich wird von der ÖVP am Sonntag der Trachtenanzug bemüht. Montags stimmt man dann in Wien für die Adoption von Kindern für homosexuelle Paare. Das ist die Doppelbödigkeit der ÖVP. Damit ihr mich richtig versteht: Sexualität ist Privatsache und das soll auch so bleiben! Wenn es um die Adoption von Kindern für gleichgeschlechtliche Paare geht, hört sich aber der Spaß auf!“

Faymann zum Song-Contest!

HC Strache empfahl Kanzler Faymann (SPÖ), mit dem Song „Muss i denn zum Kanzleramt hinaus“ beim Song-Contest anzutreten. Sein Parteikollege und Wiener Bürgermeister Häupl habe den von ihm geheim gehaltenen Wahltermin „bei den vielen Spritzern, die der so intus hat, schon längst wieder vergessen“. Der ÖVP attestierte HC Strache verborgene Talente: „Wenn ich mir die Versorgungsposen von Josef Pröll, Michael Spindelegger oder Bandion-Ortner ansehe, dann muss ich schon sagen, die ÖVP vermittelt bessere Jobs als das AMS.“



Sie genossen den Abend im Kreise von Menge Pointen: FPÖ-Obmann HC Str

DIE BESTEN SPRÜCHE VON HC STRACHE

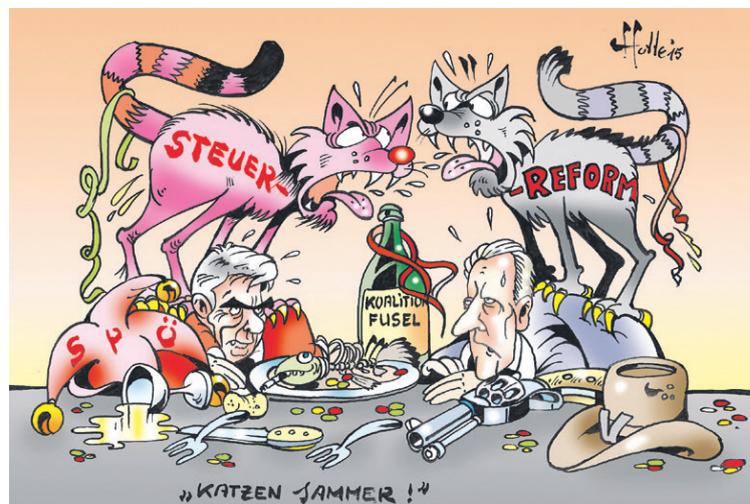
- Vor der Wahrheit fürchten sich die Gutmenschen alle. Da sitzen sie beieinander in ihren schicken Lokalen beim Aperol-Spritz oder beim teuren Rotwein und den Fairtrade-Austern und rümpfen die Nase über das angeblich so primitive Volk, das nicht mehr auf sie hören will und den Strache wählt. Die trinken ja nicht einmal mehr ein Bier, weil es ihnen nicht intellektuell und multikulturell genug ist. Und vor der Wirklichkeit verschließen sie fest die Augen und

die Ohren. Bloß den Mund, den haben sie ständig offen.

- Jeder Hund erledigt ein besseres Geschäft als diese Bundesregierung.

- Der Faymann ist ein echter Atomkraftgegner. Sogar in der eigenen Partei kämpft er verbissen gegen die Kern-Spaltung.

- Ich bin mir ja eh nicht sicher, ob der Häupl überhaupt verstanden



SPITZE FEDER Aschermittwochserwachen in der Koalition.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
 Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
 Die Freiheitlichen, Bundespartelleitung,
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
 Freiheitlicher Parlamentsklub,
 Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
 Geschäftsführung: Herbert Kickl
 Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel.: 01/51235350, Fax: 01/51235359
 E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
 E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
 Abo-Anfrage: 01/512 35 35 29
 Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
 Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
 Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt);
 Auslandsjahresbezug: € 73
 BIC: OPSKATWW
 IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
 Verlags- und Herstellungsort: Wien
 Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

st statt Kanzleramt

er beim politischen Aschermittwoch in Ried zu



n 1.800 begeisterten Anhängern in Ried und bedankten sich mit jeder
ache und Oberösterreichs FPÖ-Landesrat Manfred Haimbuchner.

hat, was ein Fremdwährungskredit ist. Der glaubt vielleicht tatsächlich, wenn er einen Kredit aufnimmt, dass den ein Fremder bezahlt. Und in gewisser Weise stimmt es ja auch. Denn dem Häuptl sind die Steuerzahler, die für seine Schuldenpolitik geradestehen müssen, mittlerweile alle sehr fremd geworden.

- Das Spiel von Voves und Niessel das kennen wir ja schon: Vor der Wahl rechts blinken und nachher dann links abbiegen. Aber das geht auch nicht mehr rein.

- So richtig zufrieden ist ein Grüner ja erst, wenn er anderen was verbieten kann.

- Wirtschaftsflüchtlinge wie jetzt aus dem Kosovo, die braucht keiner. Die sollen arbeiten und ihr eigenes Land aufbauen, so wie unsere Eltern und Großeltern das nach dem Krieg in Österreich getan haben.

- Vielleicht gilt in diesem Land jetzt schon jeder, der gegen die Freiheitlichen hetzt, als Künstler.

AUFSTEIGER ↕



FPÖ-Stadtrat **Michael Schnedlitz** schafft in Wr. Neustadt eine Koalition bzw. Zusammenarbeit mit ÖVP und Grünen und kippt so den SPÖ-Bürgermeister aus dem Amt. Ein durchaus ausbaufähiges Modell für andere Städte wie Wien.

ABSTEIGER ↕



Pleiten-, Pech- und Pannenministerin **Gabriele Heinisch-Hosek** hat wieder einmal zugeschlagen. Sie sorgt sich in einer mit Steuergeld finanzierten Broschüre ihres Ministeriums über die „genderechte“ Steinigung von Frauen.

KURZ UND BÜNDIG



Nein zum digitalen Schulbuch

Die Forderung von ÖVP-Familienministerin Sophie Karmasin nach digitalen Schulbüchern wird von FPÖ-Bildungssprecher Walter Rosenkranz klar abgelehnt: „Die Forschung sagt hier eindeutig, dass digitale Schulbücher schlecht für die Entwicklung der Kinder sind. Denn Bücher sind auch wichtig für das Erlernen des Schreibens und des Lesens.“ Der Vorschlag von Ministerin Karmasin sei daher pädagogisch völlig falsch und diene einzig dazu, das wichtige Kulturgut Buch weiter zu verdrängen.

Folgen der EU-Sanktionen

Angesichts der Rekordarbeitslosigkeit werde durch die wechselseitigen EU-Russland-Sanktionen die angespannte Situation am Arbeitsmarkt noch mehr verschärft, kritisierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger die Haltung der Koalition und forderte: „Wegen dieser gefährlichen Sanktionsspirale muss die Regierung endlich eine Taskforce ‚EU-Russland-Sanktionen‘ einrichten, weil durch diese Sanktionen nach Berechnungen des WIFO bis zu 45.000 Arbeitsplätze in Österreich gefährdet sind.“

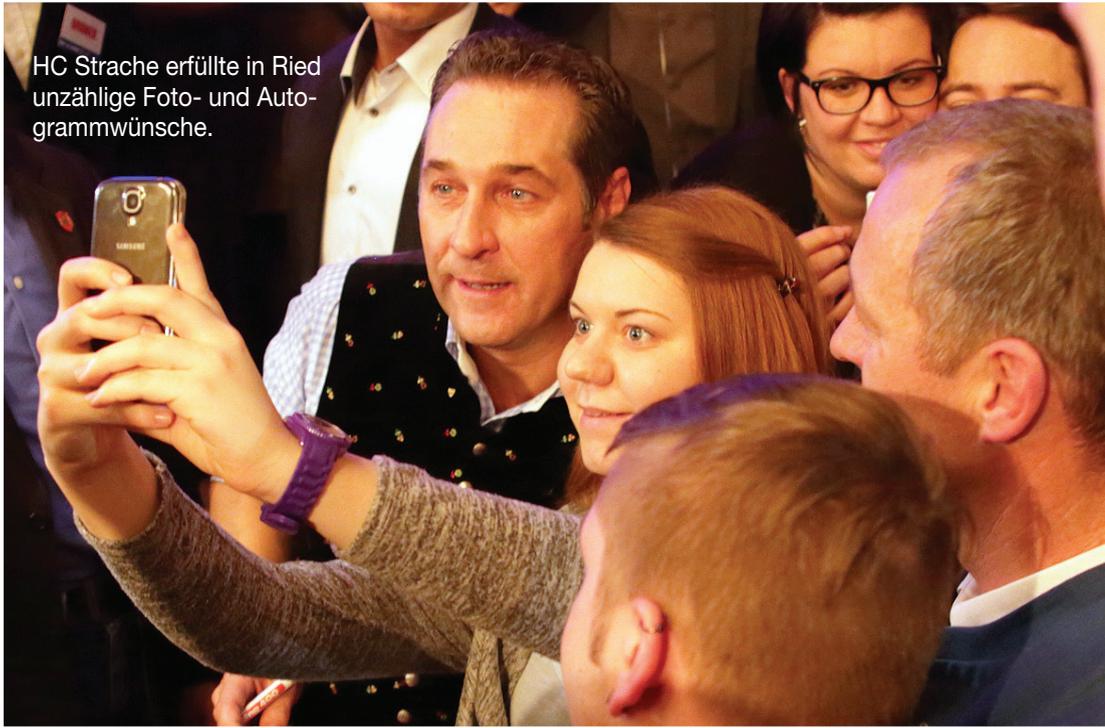


Gendergerechte Steinigung?

Mit der Broschüre „Tradition und Gewalt an Frauen“ hat SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek den Genderwahn ad absurdum geführt. So wird in der Broschüre die Steinigung als „diskriminierend“ für Frauen kritisiert, weil Frauen bis zu den Schultern, Männer aber nur bis zur Hüfte eingegraben werden. „Statt bestialische Steinigungen mit Steuergeld auf ‚Gender-Aspekte‘ untersuchen zu lassen, sollte sich die Pleiten-, Pech- und Pannen-Ministerin Heinisch-Hosek dafür einsetzen, diese barbarische Hinrichtungsart gänzlich abzuschaffen“, bemerkte dazu FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.



BILD DER WOCHE Realist und Sozialist. Großbritanniens Cameron (links) rechnet mit „Grexit“, Athens Tsipras mit mehr EU-Geld.



HC Strache erfüllte in Ried unzählige Foto- und Autogramm-wünsche.



Niederösterreichs FPÖ-Obmänner Walter Rosenkranz (rechts) und Christian Höbart (links) mit Wiens Klubobmann Johann Gudenus.



Oberösterreichs FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner forderte Sanktionen für integrations-unwillige Zuwanderer.



Lutz Weinzinger, ehemaliger Obmann der FPÖ Oberösterreich.

Fotos: Andreas Rattiger (10), Andreas Mairinger (1)

Abrechnung mit Rot-Schwarz: „Jeder Hund erledigt ein besseres Geschäft als diese Bundesregierung!“



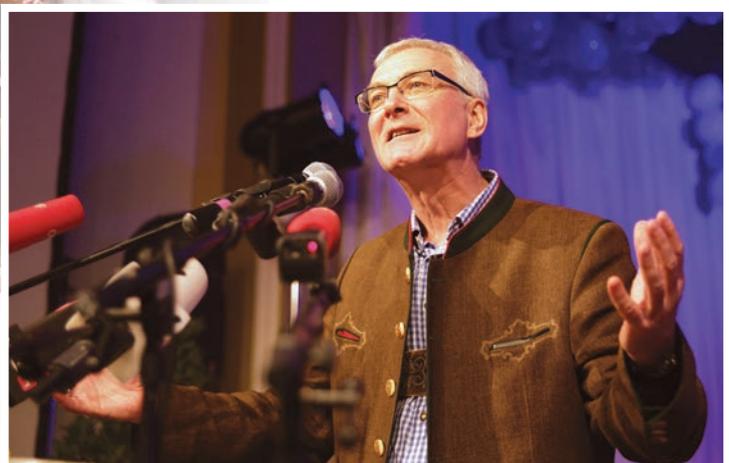
Kärntens Christian Ragger: Optimistisch vor den Gemeinderatswahlen am 1. März.

Ehrengast in Ried: Der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer.



Ein Feuerwerk an Punkten sorgte für große Heiterkeit im Publikum.

Die EU ist auch im Innviertel unten durch.



Die Rieder Jahnturnhalle war auch heuer bis auf den letzten Platz gefüllt. 1.800 Gäste kamen, um HC Strache zu hören.

Lokalmatador Elmar Podgorschek, Bezirksparteiobmann von Ried und demnächst freiheitlicher Chefaufklärer im Hypo-U-Ausschuss.

„Ein Teil der Kunst-Szene ist völlig fanatisch!“

Dr. Andreas Unterberger war Chefredakteur der „Presse“ und der „Wiener Zeitung“. Er schreibt seit fünf Jahren Österreichs meistgelesenen Blog – „Unterbergers Tagebuch“. Im NFZ-Interview zeigt er die Hintergründe der politischen Linkslastigkeit im ORF auf.

HC Strache wurde in Untertiteln eines ORF-Films als schwul bezeichnet. Was sagen Sie dazu?

Andreas Unterberger: Das ist wohl eher eine Panne, denn sonst wäre diese Passage ja vom ORF nicht aus dem Film selbst eliminiert worden, die Untertitel hat man aber offenbar vergessen. Aber der ursprüngliche Text zeigt: Ein Teil der Kunst-Szene ist völlig fanatisch. Dort wird wild gegen alles gehetzt, was nicht rot-grün ist, ob Kirche, Stronach, PEGIDA, die Tea Party, der konservative ÖVP-Flügel oder eben die FPÖ. In dieser Szene ist man sich in diesem Hass völlig einig. Und je mehr man hetzt, umso mehr Aufträge erwartet man vom ORF.

Sie sind Initiator der Internetseite orf-watch.at. Was ist das Ziel?

Unterberger: ORF-Watch wird von einer Gruppe völlig unabhängiger Journalisten gemacht, steht aber auch jedem anderen als Autor offen. Es ist eine nicht beeinflussbare Plattform, auf der offen Kritik an einzelnen Sendungen und an der linken Schlagseite geübt wird.

Was meinen Sie mit „nicht beeinflussbar“?

Unterberger: Nun, fast alle Printmedien fühlen sich vom ORF abhängig. Viele haben dort eigene Sendungen wie die Romy-Verleihung oder eine Sportgala. Viele können Werbespots zu sehr günstigen Konditionen platzieren. Es geht um Zitierungen, Pressestunden- und Diskussionseinladungen, die bei Nichtwohlverhalten ausbleiben würden. Das habe ich selbst zweimal als Chefredakteur erlebt – was freilich damals

unserer Auflage überhaupt nicht geschadet hat. ORF-Watch ist von alldem völlig unabhängig. Es spürt freilich heftigen Gegenwind. So hat etwa die APA mit fadenscheinigen Ausreden verweigert, über ORF-Watch zu berichten. Obwohl sie ständig über viel kleinere Initiativen schreibt.

Warum hat der ORF eine so arge Schlagseite?

Unterberger: Aus zwei Gründen: Erstens hat der Fernseh-Chefredakteur wie der Generaldirektor eine klare SPÖ-Biographie und die SPÖ eine

„Viele Studien zeigen eine massive Linkslage der Journalisten.“

überproportionale Mehrheit in den Gremien. Zweitens wirkt dort noch immer der 68er-Zeitgeist. Jene sozial- und geisteswissenschaftlichen Billigstudien, wo ÖH-Wahlen immer grün-kommunistisch enden, bieten fast keine berufliche Perspektive. Absolventen drängen daher in der Hoffnung auf Jobs zu Tausenden in die Redaktionen.

Wie ist das bei anderen Sendern?

Unterberger: Genau aus diesem Grund ebenso. Viele Studien zeigen eine massive Linkslage der Journalisten. Der ORF ist aber der

einzigste, dem diese Schlagseite auch noch durch Zwangsgebühren finanziert wird.

Andreas Unterberger kontrolliert auf orf-watch.at den gebührenfinanzierten ORF.



Staatsfunk ist von

Beim ORF dürften derzeit alle Hemmungen fallen,

Wenn die FPÖ im öffentlich-rechtlichen ORF vorkommen darf, dann nur negativ. Dies belegen auch die Zahlen der jüngsten Media-Watch-Analyse. Was allerdings neu ist, sind die zahlreichen Verbalinjurien, die vom ORF oder ihm nahestehenden Personen gegen die FPÖ und ihren Obmann HC Strache getätigt werden.

Laut aktuellster Media-Watch-Analyse wurden der FPÖ zuletzt in den ORF-Nachrichtensendungen zwischen null (ZiB 24) und 3,2 Prozent (ZiB 1) Redezeit zugestanden. Zum Vergleich: SPÖ und ÖVP teilten sich ihre Vorherrschaft mit jeweils rund 37 Prozent großkoalitionär auf. Selbst kleinere Oppositionsparteien werden vom ORF noch mit 10,7 Prozent (Grüne) oder 10,9 Prozent (Team Stronach) fürstlich bedient.

Hand in Hand mit dieser Politik des Verschweigens der größten Oppositionspartei geht die Einladungsstrategie bei Diskussionssendungen. Vertreter der FPÖ werden – etwa zu „Im Zentrum“ – gar nicht oder nur dann eingeladen, wenn man sie in möglichst schlechtem Licht erscheinen lassen will.

Wenn es die FPÖ gemeinsam mit anderen Parteien in die Berichterstattung des ORF schafft, dann werden die Politiker oftmals nicht in der Reihenfolge der Stärke im Parlament gezeigt, sondern die Freiheitlichen oft als Letzte – noch

nach dem Team Stronach oder den Neos, während die Grünen bei jeder noch so uninteressanten Wortmeldung geradezu gehypt werden.

ORF-Nazikeule gegen FPÖ

Auch dürfen alle anderen Parteien zu Sachthemen Stellung nehmen, während bei der FPÖ immer wieder versucht wird, die Nazikeule auszupacken und die Freiheitlichen ins extrem rechte Eck zu stellen. Höhepunkt dieser manipulativen Berichterstattung war die Affäre Moschitz, bei der eigens Nazi-Skinheads zu einer FPÖ-Veranstaltung mitgenommen wurden, um so zu konstruieren, dass die FPÖ im rechten Eck stehe. Ein für Redakteur Moschitz ungünstiges Gerichtsurteil wurde in der ORF-Berichterstattung tunlichst verschwiegen.

An all diese Versuche, die FPÖ zu verunglimpfen, zu verleumden oder lächerlich zu machen, haben sich die Freiheitlichen bereits gewöhnt und reagieren dementsprechend auf diese Angriffe durch



HC Strache und die von Rot und Schwarz ausgewählten ORF-Granden: Richard Gras (rechts) und Kathrin Zechner waren stumme Zeugen des Ekklats beim Villacher Fasching. Fritz Dittlbacher ist Chefredakteur von Faymanns Gnaden.



POLITIK ANALYSIERT

Herbert Kickl
FPÖ-Generalsekretär und Mediensprecher

Mit dem Faschingsdienstag findet eigentlich das Narrentreiben sein klassisches Ende, aber in den letzten Jahren driftet der ORF immer mehr in Richtung Ganzjahresfasching ab. Nicht anders ist zu erklären, dass in der Rohfassung einer Folge der „Vorstadtweiber“ der FPÖ-Obmann als „schwul“ bezeichnet wird. Oder dass der Rapper Nazar, der für den ORF im Coaching-Team der Vorauswahl zum Song-Contest steht, HC Strache bei einem Konzert einen „Hurensohn“ nennt. Schließlich dass HC im Zuge des Villacher Faschings im Beisein von ORF-Granden von einer abgehobenen ORF-Seriendarstellerin aufs Wildeste befragt wird.

Objektivität weit entfernt

was den Umgang mit der FPÖ und Parteichef HC Strache betrifft

„unabhängige und objektive“ Journalisten des Staatsfunks. Was allerdings neu ist, sind wüste Beschimpfungen und Verbalinjurien gegen den Obmann selbst.

Wüste Attacken häufen sich

Auffallend ist, dass sich die Angriffe häufen und immer dreister werden (siehe Kasten rechts). Offenbar liegen bei der ORF-Führung vor kommenden Wahlen die Nerven blank. Sitzen doch die Granden allesamt auf einem Ticket, das sie durch Parteinähe erlangt haben.

Die Lebensläufe mancher „unabhängiger“ Journalisten sprechen jedoch Bände. Von der Mitgliedschaft bei den revolutionären Marxisten bis hin zur SPÖ-Arbeitserzeitung reichen hier die „Quali-

fikationen“ zum öffentlich-rechtlichen Journalisten.

Dass dies von der ORF-Führung nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert wird, rundet das Bild nur noch ab. Zahlreiche Karrieren sind im ORF bereits an der „falschen“ Gesinnung gescheitert. Andere, weniger qualifizierte Journalisten haben davon profitiert.

Erschreckend ist die zunehmende Offenheit, mit der im ORF gegen die FPÖ vorgegangen wird. Es scheint, als würden aufgrund der positiven Umfragen für die FPÖ nun sämtliche Hemmungen fallen. Ein trauriges Sittenbild eines öffentlich-rechtlichen Senders, der zur Objektivität verpflichtet ist und durch seine Parteinahme immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert.

ORF-AUSRASTER

- HC Strache wird bei der ORF-Serie „Vorstadtweiber“ als „schwul“ bezeichnet. Für den ORF ein „Versehen“.
- Eklat im Zuge des Villacher Faschings: HC Strache wird beim Betreten eines Lokals von ORF-Schauspielerin Christina Sprenger (SOKO Kitz) wüst beschimpft. Die ebenfalls anwesenden ORF-Direktoren Gras und Zechner zeigen sich unbeeindruckt. Eine Entschuldigung bleibt aus.
- Der von der SPÖ geförderte Skandalrapper Nazar bezeichnet Strache als „Hurensohn“. Zur Belohnung darf er beim Songcontest auftreten.

Dauerfasching im ORF

Diese von SPÖ und ÖVP angeführten Staatskünstler rechtfertigen ihr Dasein am ORF-Futtertrog mit Beschimpfungen gegen den FPÖ-Chef. Wenn nach diesen Ekklats keine Konsequenzen gezogen werden, macht der ORF seine Anti-FPÖ-Strategie auch im Bereich der Unterhaltung offenkundig. Anscheinend ist dieser Schwall an Verbalinjurien aber auch Ausdruck steigender Nervosität vor den zu erwartenden FPÖ-Stimmengewinnen.

Auch bei den Berater- und Konsultenverträgen gehen die ORF-Verantwortlichen verantwortungslos vor. Da wird für teures Geld Know-How zugekauft, obwohl der ORF verpflichtet ist, sorgsam und sparsam mit den Zwangsgebühren zu wirtschaften. Aber exakt diesem Auftrag entspricht diese SP/VP-„Senderclique“ genauso wenig wie dem öffentlich-rechtlichen Auftrag. Da hört sich das Lachen auf – Fasching hin oder her.

Linke Qualifikationen – Typische Karrieren im ORF



Raimund Löw (ORF-China-Korrespondent): Als Student Mandatar der Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM). Wirkte am Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Schreibt regelmäßig im links-linken Falter. Als ORF-Büroleiter im kommunistischen China nun endlich dort, wo er sich wohlfühlt.

Fritz Dittlbacher (Chefredakteur der ORF-Fernsehinformation): Wie etliche ORF-Journalisten ein ehemaliger Redakteur des SPÖ-Organs „Arbeiterzeitung“. Von dort wechselte er nach deren Ende direkt in die ORF-Innenpolitik, 2010 wurde er zum Chefredakteur bestellt – angeblich auf ausdrücklichen Wunsch von Bundeskanzler Faymann.





HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Vor dem Hintergrund der herrschenden Rekordarbeitslosigkeit haben die Freiheitlichen den Druck im Sozialausschuss erhöht. Mehr als 10 Prozent Arbeitssuchende sind der traurige Beweis dafür, dass es mit Österreich – im Gegensatz zum benachbarten Deutschland – weiter wirtschaftlich bergab geht.

Sozialausschuss

Mit dieser dramatischen Fehlentwicklung wurde SPÖ-Sozialminister Rudolf Hundstorfer im Sozialausschuss konfrontiert. Ganze zwei Dutzend Anträge der Oppositionsparteien standen auf der Tagesordnung, die aber alle von den Koalitionsparteien vertagt oder abgelehnt wurden.

Darunter diese Forderungen der FPÖ: Ein Maßnahmenpaket gegen die Inflation – vertagt. Die Einführung des Herkunftslandprinzips bei der Mindestsicherung – vertagt. Eine Evaluierung der Leistungen des AMS samt Kasasturz – abgelehnt. Die Forderung nach Zugangsbeschränkungen für Fremde am Arbeitsmarkt – vertagt. Ein Maßnahmenpaket zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping – abgelehnt. Die Forderung nach einer Zusammenlegung der Sozialversicherungen – abgelehnt. Der Antrag für eine Effizienzsteigerung der Sozialversicherungen durch verstärkte Zusammenarbeit – abgelehnt.

Wer glaubt, dass dieser Ablehnungsorgie ein Reformfeuerwerk der Regierung gegenübersteht, der irrt. Im Interesse unserer Wähler hat der Freiheitliche Parlamentsklub daher von seinem Recht Gebrauch gemacht und die Behandlung des Sozialberichtes 2014 im Plenum verlangt. Dadurch wird das Versagen der Regierung in der Sozialpolitik transparent.

SOZIALPOLITIK

Sozialausschuss tagte neuerlich

Am vergangenen Donnerstag wurde im Sozialausschuss des Parlaments neben dem Sozialbericht 2013-2014 vor allem über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diskutiert, wobei sich Sozialminister Hundstorfer (SPÖ) zahlreichen Anträgen der FPÖ ausgesetzt sah. So sprach sich die FPÖ etwa für Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt auch für EU-Bürger aus und mahnte ein noch rigoroseres Vorgehen gegen Lohn- und Sozialdumping ein.



TERMIN

U-Ausschuss beginnt

Am 26. Februar tritt der Hypo-Untersuchungsausschuss des Parlaments zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Vier der 18 Abgeordneten aller sechs Parlamentsparteien stellen dabei die Freiheitlichen: Elmar Podgorschek, Gernot Darmann, Christian Hafenecker und Walter Rauch.

Islamgesetz: Für FPÖ gilt „Zurück an den Start!“

Harald Stefan kritisiert rot-schwarze Eile bei der Beschlussfassung

Das Islamgesetz hat am vergangenen Donnerstag den Verfassungsausschuss des Nationalrats passiert. Für die FPÖ wird damit aber der radikale Islam nicht unterbunden.

Trotz massiver Vorbehalte der FPÖ stimmte Rot-Schwarz für den Gesetzesentwurf der Regierung. Damit soll das neue Islamgesetz bereits am 25. Februar im Nationalrat beschlossen werden. Zwar finden sich im neuen Islamgesetz der „Anwendungsvorrang des staatlichen Rechts“ sowie das Verbot der Finanzierung von Religionsgemeinschaften aus dem Ausland.

Wer ist in der Pflicht?

Allerdings sieht das Gesetz nur anerkannte muslimische Religionsgemeinschaften – primär die „Islamische Glaubensgemeinschaft“ (IGGiÖ) – als Adressaten vor. Ge-



Die Vereine hinter den einzelnen Moscheen (hier das Islamische Zentrum in Wien-Floridsdorf) bleiben vom Islamgesetz unberührt.

nau diesen Punkt sah FPÖ-Verfassungssprecher Harald Stefan als Hauptproblem: „Das Islamgesetz geht völlig ins Leere. Es wird nicht vollzogen werden können, weil es sich nicht an die Vereine, sondern an die Islamische Glaubensgemein-

schaft als angeblich staatlich anerkannte Religionsgesellschaft richtet. Dazu kommt: Diesen im Gesetz festgeschriebenen Status hat die IGGiÖ noch gar nicht.“ Stefan kündigte daher einen Rückverweigungsantrag in den Ausschuss an.

WKO: Unternehmer wählen freiheitlich

Von 23. bis 26. Februar finden die Wahlen in der Wirtschaftskammer (WKO) statt. Die freiheitlichen Interessen vertreten der Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RfW) und in Wien die Liste „FPÖ pro Mittelstand“.



M. Krenn (links) und R. Pisec

2010 waren die Freiheitlichen knapp hinter dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband drittstärkste Kraft. Die Dominanz des mit absoluter Mehrheit regierenden ÖVP-Wirtschaftsbundes zu brechen, ist das große Ziel für dieses Jahr.

„Die Kammer muss wieder zu dem werden, was ihr ins Aufgabengebiet geschrieben ist: Interessenvertretung für die Mitglieder statt ein teures Haus voller Postengeschachere für ausgediente Parteifunktionäre“, formuliert RfW-Obmann Matthias Krenn den Anspruch. Dieser Postenschacher wird etwa sichtbar, „wenn Schwarze und Rote in mehr als 20 Prozent der Berufsgruppen als Einheitslisten antreten“, merkt Reinhard Pisec, Präsident der FPÖ pro Mittelstand, an.

Roter Dilettantismus bei der Zentralmatura

FPÖ-Bildungssprecher Rosenkranz: „Alle aufgezeigten Probleme wurden einfach negiert!“

Fehlende Serverkapazitäten zum Hochladen der Vorwissenschaftlichen Arbeit des ersten Zentralmaturajahrgangs bilden den Abschluss einer langen Pannenserie dieses „SPÖ-Vorzeigeprojekts“.

„Ups, das hätte nicht passieren sollen...“ – Diese Meldung bekamen tausende Maturanten zu sehen, als sie vergangene Woche versuchten, ihre „Vorwissenschaftliche Arbeit“ (VWA). Sie ist ein Bestandteil der neuen Zentralmatura, via Internet auf eine Genehmigungsdatenbank des Bildungsministeriums hochzuladen.

„Obwohl die Abgabefrist für die VWA bereits länger bekannt war, gibt es nun drei Tage davor eine Serverüberlastung“, wunderte sich FPÖ-Bildungssprecher Walter Rosenkranz über diese neuerliche Panne bei der Zentralmatura. Er warf SPÖ-Bildungsministerin Heinisch-Hosek vor, die Schüler als „Versuchskaninchen für ein völlig aus den Fugen geratenes SPÖ-Prestige-Projekt“ zu missbrauchen.

Zur Erinnerung: Im Februar 2014 tauchten die Daten von 37.000 österreichischen Lehrern und hunderttausenden Schülern auf einem rumänischen Server auf, die Probematura im Vorjahr glänzte nur durch organisatorische Pannen.

RH warnte bereits 2012

Dabei hatte der Rechnungshof, der 2012 das verantwortliche Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung (bifie) geprüft hat, bereits ungläubliche Zustände aufgezeigt. Das von Heinisch-Hoseks SPÖ-Vorgängerin Claudia Schmied 2008 gegründete bifie wies fehlende wirtschaftliche und operative Zielvorgaben auf oder konnte keine Vorgaben hinsichtlich des Projektcontrollings vorweisen. Der RH



SPÖ-Ministerinnen Schmied und Heinisch-Hosek (im Bild von links).

monierte „schwach ausgeprägte kaufmännische Kompetenz in der Führung“ und als Zugabe fanden die Prüfer auffallend viele Beschäftigte, die „in einem familiären

oder wirtschaftlichen Naheverhältnis zueinander standen“. Das zeige im Endeffekt, welche zweifelhaften Stellenwert die SPÖ der Matura zugestehe, betonte Rosenkranz.

FPÖ sagt klares Nein zu höherer Mehrwertsteuer

Während die SPÖ die Bürger im Zuge der Steuerreform mit jeder Menge neuer Steuern belasten will, versucht die ÖVP, die bestehenden Belastungen in die Höhe zu schrauben, um ihr leeres Versprechen „Keine neuen Steuern“ einhalten zu können. Ziel von Finanzminister Schelling und Co. ist die Mehrwertsteuer. „Die FPÖ erteilt diesen Plänen eine klare Absage“, stellt FPÖ-Obmann HC Strache fest. Schelling hatte angekündigt, rund 700 Millionen Euro durch die Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 10 auf 12 Prozent einnehmen zu wollen, um eine Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer teilweise zu finanzieren.

Für die Freiheitlichen ist das glatter Unfug, denn eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde Beziehern niedriger Einkommen am stärksten treffen und eine Entlastung bei der Einkommensteuer überkompensieren. Zudem würde dadurch der für die Konjunktur so wichtige Binnenkonsum abgewürgt.

„Eine Steuerreform, die den Menschen das ersparte Geld wie-



FPÖ-Programm: Steuern runter!

der aus der anderen Tasche zieht, verdient diesen Namen nicht“, so HC Strache, der sich dafür einsetzt, die dringend nötige Entlastung der Bürger durch tiefgreifende Reformen zur Ausgabensenkung, das Schließen von Schlupflöchern und die konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug sicherzustellen.

Das FPÖ-Steuerentlastungsmodell kann unter www.steuernrunter.at nachgelesen und unterstützt werden.

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

256 Millionen an Hypo-Berater bezahlt

Durch die ohne Not erfolgte Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria haben Rot und Schwarz der Republik enormen finanziellen Schaden zugefügt. Damit nicht genug, entwickelte sich die Bank unter staatlicher Leitung zum Paradies für Berater. Unglaubliche 256 Millionen Euro wurden verprasst, wie Finanzminister Schelling in einer Anfragebeantwortung an den freiheitlichen Fraktionsobmann im Hypo-U-Ausschuss, Elmar Podgorschek, eingestehen musste.

Podgorschek will jetzt noch mehr Informationen: „Bereits der Griss-Bericht hat kritisiert, dass diesen enormen Kosten nur geringe Rückflüsse gegenüberstehen. Wofür wurden also diese enormen Summen ausgegeben?“ Außerdem gelte es zu überprüfen, ob die Berater in einem Naheverhältnis zu den Verantwortlichen der Hypo Alpe Adria oder staatlicher Institutionen stehen.



65 Dschihadisten wieder in Österreich

Laut Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) haben sich bis Dezember 2014 174 Personen mit Österreich-Bezug dem „Heiligen Krieg“ in Syrien angeschlossen. Dass bereits 65 davon zurückgekehrt sein sollen, ist alarmierend. Dieses Resultat brachte eine parlamentarische Anfrage des FPÖ-Abgeordneten Christian Hafenecker hervor.

„Österreichischen Staatsbürgern, die für die Terrormiliz IS in den Krieg ziehen, muss sofort die Staatsbürgerschaft entzogen werden. Genauso sind Syrien-Rückkehrer zum Schutze der Bevölkerung unverzüglich in Gewahrsam zu nehmen“, fordert Hafenecker.

TERMINE

FEBRUAR
28 24. Blaue Ballnacht

Die FPÖ Donaustadt lädt am Samstag, dem 28. Februar 2015, zur 24. Blauen Ballnacht in den Festsaal des Restaurants „Jasmin“ (Breitenleer Straße 102, 1220 Wien). Es spielt Roberto Maltese mit Franco Andolfos Band „Magic Sound“. Einlass ist ab 20 Uhr. Karten kosten im Vorverkauf 25 Euro und sind bei der Firma Baron unter 01 259 22 260 (von 8 bis 16 Uhr) bzw. buero@baron.co.at erhältlich.

MÄRZ
7 Sudetendeutsches Gedenken

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft lädt am Samstag, dem 7. März 2015, um 15 Uhr zum Gedenken anlässlich des 96. Jahrestags des Bekenntnisses zu Österreich und zum Selbstbestimmungsrecht ins Haus der Begegnung Mariahilf (Königssegasse 10, 1060 Wien).

MÄRZ
7 4. Konzert Musik der Meister

Der Volksbildungskreis lädt am Samstag, dem 7. März 2015, um 19.30 Uhr in den Großen Saal des Wiener Musikvereins (Musikvereinsplatz 1, 1010 Wien) zum 4. Konzert der Reihe „Musik der Meister“. Kartenbestellungen: 01 50 59 660 bzw. vbk1@utanet.at

MÄRZ
9 Filmnachmittag im Weinhebersaal

Der Volksbildungskreis lädt am Montag, dem 9. März 2015, um 15 Uhr zum Filmnachmittag in den Weinhebersaal (Prinz-Eugen-Straße 44/3, 1040 Wien). Gezeigt wird „Maskerade“ mit P. Wessely u.a.

MÄRZ
14 Frühlingsball der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Samstag, dem 14. März 2015, ab 19 Uhr zum blauen Frühlingsball ins Schlossrestaurant Thürlhof (Bustransfer ab U3 Simmering möglich). Kartenvorverkauf (€18, ermäßigt: €12) und Tischreservierung unter 0660 47 60 602 oder cbauernhofer@gmx.at

LESER AM WORT


Asylwerber-Ansturm

Die Überflutung der EU-Staaten mit „Asylwerbern“ hat System und ist offenbar gewollt, eingeschleust von der Schleppermafia. Europa bedeutet für die Glücksritter und religiösen Landnehmer aus aller Welt das Schlaraffenland. Die über Jahre gewachsene Asylindustrie nimmt die Neuankömmlinge begeistert in Obhut, denn sie bringen bares Steuergeld. Und dieser florierende Geschäftszweig wird klarerweise mit Zähnen und Klauen verteidigt. Dem Steuerzahler trotz man mit der Rassismuskelle Verständnis und Toleranz ab. Was ist jetzt mit den politischen Verantwortlichen? Kein Handlungsbedarf? Hat man sich schon an die Rolle der passiven Mittäterschaft gewöhnt?

Dagmar Leitner, Lieboch


Ausländer in Haft

Laut einer Statistik lag der Anteil ausländischer Insassen in Österreichs Gefängnissen bis 1. September 2013 bei 49 Prozent. Heißt,

dass 51 Prozent angeblich Österreicher sein sollen. Jedoch wäre es jetzt natürlich interessant zu erfahren, wie viele dieser sogenannten Österreicher ausländische Wurzeln haben und eingebürgert wurden?

Dies wird man aber den Österreichern tunlichst verschweigen, denn schließlich könnte der Verdacht aufkommen, dass in den letzten Jahren Personen die Staatsbürgerschaft regelrecht nachgeschmissen wurde, um den Wählerschwund gewisser Parteien abzudecken!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Islamistische Indoktrination

Das Tragen des Kopftuches oder gar einer Burka – man sieht es auch verstärkt in Vorarlberg – geschieht häufig auf Druck durch Fundamentalisten auf die Trägerinnen. Auch der Gruppenzwang unter den Frauen selbst lässt sie zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen werden.

Dies ist schlimm genug, weil es allen Integrationsbemühungen zuwiderläuft und damit bewusst die Errichtung von Parallelgesellschaften – mit dem Ziel der Islamisierung – vorangetrieben werden soll. Es sind immerwährende Versuche, die Koran-Gesetze über eine Hintertür einzuführen.

Wer diesem Treiben nicht Einhalt gebietet und keine klaren Richtlinien definieren will, der macht sich schuldig an den eigenen Bürgern.

Wer sich mit Geschichte befasst, weiß, dass aus gesellschaftspolitischer Naivität schon viel Unheil bei den Völkern entstanden ist.

Werner Giacomuzzi, Lochau


Bildungsmisere

Gratuliere, Frau Bildungsministerin Heinisch-Hosek, zu Ihrer klaren Linie! Alles, was Sie machen, endet in einem Chaos. Einheitschule, Gesamtschule (neue Mittelschule), Abschaffung von Sonderschulen, Straffreiheit für Schüler, Sexualkundeunterricht für Kindergartenkinder, Umerziehung von Familien zu Schwulen, Lesben und Transen ohne seelischen Halt und ohne Charakter, Zentralmatura, „gedenderte“ Schulbücher, die keiner mehr lesen kann.

Unsere Jugend ist zu wertvoll, um als ideologisches Versuchsfeld für eine erfolglose Quotenfrau zu dienen. Schluss mit den Experimenten, mit denen die Linken die Gesellschaft verändern wollen!

Stephan Pestitschek, Strasshof

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

EU-Intervention in Libyen wegen drohender Flüchtlingswelle?

Eskalation der Situation in Libyen entzweit EU in der Frage nach einer Lösung des Problems

Während der neue Chef der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX keine Flüchtlingsboote mehr aufhalten will, fordert Italiens Innenminister ein gemeinsames Vorgehen der EU gegen Libyen.

Als „völlig inakzeptabel“ hatte FPÖ-Generalsekretär und FPÖ-Delegationsleiter im EU-Parlament, Harald Vilimsky, die Aussagen des neuen Direktors von FRONTEX, des Franzosen Fabrice Leggeri, bezeichnet. Leggeri hatte sich von den „Push-back-Aktionen“, bei denen Flüchtlingsboote vor den Küsten Europas wieder zurück auf das offene Meer geschickt werden sollen, distanziert. „Dies bedeutet nichts anderes als eine Einladung an die Tausenden afrikanischen Zuwanderungswilligen, die unter dem Einsatz ihres Lebens auf See-Verkäufem ihren Glücksritt in Richtung Europa antreten wollen“, kritisierte Vilimsky.

Wie zur Bestätigung dieser Ahnung hat die italienische Küstenwache am vergangenen Wochenende mehr als 2.000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Der italienische Innenminister Angelino Alfano warnte vor einer „nie dage-

wesenen Fluchtbewegung“. Aber Sorgen machten ihm auch immer neue Berichte über die Gewalt der Schlepper. Am Wochenende waren Einsatzkräfte der Küstenwache von Schleusern mit Waffen bedroht worden, damit sie die leeren Boote zurückgeben. „Das zeigt, wie skrupellos, unmenschlich und kriminell das Handeln der Menschenhändler ist“, betonte Alfano.

200.000 in Libyen auf Absprung

Italien blicke mit Sorge auf Libyen. „Wenn die Milizen des ‚Islamischen Staats‘ schneller vorrücken, als die Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft fallen, wie können wir dann den Brand in Libyen löschen und die Migrantenströme eindämmen?“, fragte Alfano. Er warnte davor, dass die Verschlechterung der Situation in Libyen offensichtlich in Verbindung stehe mit der Zunahme der Zahl der Menschen, die in Boote



Italiens Küstenwache ist mit der Flüchtlingsrettung überfordert.

steigen, um Europas Küsten zu erreichen.

Laut den Erkenntnissen des italienischen Innenministeriums befinden sich in Libyen derzeit etwa 200.000 Flüchtlinge in fünf Aufnahmeflagern, die auf die Gelegenheit für eine Überfahrt nach Italien — und damit nach Europa — warten.

Weitere 400.000 Flüchtlinge könnten aktuell hinzukommen, warnen italienische Geheimdienstquellen. Daher drängt die italienische Regierung die UNO und die EU schon seit längerem darauf, die Situation in Libyen als „absoluten Notfall“ zu betrachten und notfalls eine militärische Intervention zu starten.

Provoziert Griechenland Rauswurf aus dem Euro?

Bereits zum dritten Mal ließ der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis am Montag ein Treffen des Ecofin-Rates der EU-Finanzminister platzen. Er konnte erneut keinen konkreten Plan vorlegen, wie Griechenland seine Probleme lösen wolle. Dabei muss Athen zum Monatsende Zinszahlungen für laufende Kredite in Höhe von 460 Millionen Euro begleichen — oder die Staatspleite anmelden.

Die Euro-Gruppe hat Griechenland am Montag eine neue Frist gesetzt. Bis Freitag habe Athen noch Zeit, um eine Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms zu beantragen, — samt den damit verbundenen Auflagen. Aber darum dreht sich der Streit, Athen lehnt diese Auflagen der EU ab.



Varoufakis pokert hoch.

Man könne von den europäischen Partnern nicht verlangen, dass sie für die Wahlkampfversprechen einer bestimmten Partei aufkämen, kritisierte deshalb auch ÖVP-Finanzminister Schelling seinen Kollegen Varoufakis.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Kein Menschenrecht auf Abtreibung!

Linke EU-Politiker nehmen einen neuen Anlauf, ein „Menschenrecht auf Abtreibung“ zu schaffen. Ein erster Vorstoß scheiterte 2013. Jetzt aber wurde der „Tarabella-Bericht“ im zuständigen Ausschuss des EU-Parlaments angenommen. Die Abstimmung im Plenum steht noch aus.

„Dies würde bedeuten, dass ein Abort nicht, wie zum Beispiel im österreichischen Recht, nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich wäre, sondern über die gesamte Schwangerschaftsdauer. Die Schaffung eines solchen Menschenrechtes wäre ein Widerspruch zur beste-



Foto: Europäisches Parlament

henden Rechtslage in Österreich und den meisten westlichen Staaten“, warnt der freiheitliche EU-Mandatar Georg Mayer (Bild). Ein Menschenrecht auf Abtreibung würde eine Einklagbarkeit beim Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof nach sich ziehen, was eine Umgehung der österreichischen Rechtslage möglich macht. Mayer war einer von neun Abgeordneten, die im Ausschuss gegen den Bericht gestimmt hatten, 24 waren dafür.

KÄRNTEN **Weitere Asylwerberflut**

Als „fragwürdigen Jubel“ bezeichnete Kärntens FPÖ-Landesparteiobmann Christian Ragger die Freude von SPÖ-Landeshauptmann Kaiser darüber, dass im italienischen Tarvis jetzt doch kein Asylaufnahmезentrum errichtet werden soll. „Damit ist zu befürchten, dass der von Schleppern organisierte Massenansturm von Asylwerbern aus Italien nach Kärnten weitergehen wird“, erklärte Ragger. Er forderte erneut als „einzig wirksame Maßnahme“ in dieser Situation vorübergehende Kontrollen an der Grenze zu Italien ein.

SALZBURG **Kritik an Stromzählern**

Kritik an der Umstellung auf neue digitale Wasser- und Stromzähler für Kunden, so genannte „Smart Meter“, übte Salzburgs FPÖ-Landesparteiobmann Rupert Doppler (Bild). „Durch derartige Vorgaben der EU bewegen wir uns immer mehr in Richtung Überwachungsstaat. Menschen werden zu gläsernen Stromkunden, deren Verhaltensprofil künftig genau aufgezeichnet werden kann“, warnte Doppler.

BURGENLAND **Rote Klientelpolitik**

Das von SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Landesrat Rezar vorgestellte „Jobmodell“ für über-50-jährige Arbeitslose bezeichnete FPÖ-Landesparteiobmann Hans Tschürtz als „plumpste Wahlwerbung“. Denn aus dem 300.000-Euro-Fördertopf für die Beschäftigung älterer Arbeitsloser würden durch ein „ausgeklügeltes Berechnungsmodell“ nur jene Gemeinden bedient, die von der SPÖ regiert werden, rechnete Tschürtz aus dem „Niessl-Jobmodell“ vor: „Eine plumpere Art der Ausgrenzung und des versuchten Stimmenkaufs habe ich noch selten gesehen!“ Eine solche, regelrecht mittelalterlich-feudalistische Politik habe nichts mit elementarem demokratischen Verständnis zu tun, sondern erinnere an von sinistren Clans regierte Staatsgebilde in der Dritten Welt, kritisierte Tschürtz.

Mehrheit in Oberösterreich sieht Integration als „nicht gelungen“**Goße Mehrheit in FPÖ-Umfrage für Sanktionen bei Sozialleistungen**

Sechs von zehn Oberösterreichern glauben, dass die Integration von Zuwanderern nicht gelungen ist. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der Freiheitlichen.

Bei der Anfang Jänner im Auftrag der FPÖ durchgeführten Umfrage gaben 61 Prozent an, dass die Integration von Zuwanderern nicht gelungen ist. 84 Prozent stimmten der FPÖ-Forderung zu, dass der Erhalt von sozialen Leistungen für Zuwanderer von deren Bereitschaft zur Integration abhängig gemacht werden sollte. Mehr als die Hälfte der Befragten sprechen sich auch dafür aus, dass Integrationsmaßnahmen wie Deutschkurse ausgeweitet werden sollen.

FPÖ fordert Konsequenzen

Für Oberösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner steht damit fest: „Die Integrationspolitik von SPÖ und ÖVP

OBERÖSTERREICH 

Gelungene Integration sieht für die Oberösterreicher anders aus.

ist gescheitert!“ Er forderte einmal mehr, dass Zuwanderer-Eltern, deren Kinder „notorisch“ der Schule fern blieben, die Familienbeihilfe zu entziehen sei. Drittstaatsangehörige, aber auch EU-Bürger, die längere Zeit arbeitslos seien, sollen angesichts der wachsenden

Arbeitslosigkeit in Österreich ausgewiesen werden, erklärte Haimbuchner.

Ebenfalls abgefragt wurde die Zufriedenheit mit der Handhabung des Asylwesens durch die Behörden: 69 Prozent der Befragten zeigten sich damit „unzufrieden“.

NIEDERÖSTERREICH **FPÖ in Stadtregierung**

Einen politischen Knalleffekt zogen die Gemeinderatswahlen vom Jänner in Wiener Neustadt nach sich, bei denen die SPÖ ihre absolute Mehrheit verloren hatte: ÖVP, FPÖ und zwei Bürgerlisten einigten sich am vergangenen Sonntag auf eine Koalition. Die FPÖ wird in dieser „bunten Koalition“ zwei Stadträte stellen, der bisherige



Michael Schnedlitz wird neuer Vize-Stadtschef in Wr. Neustadt.

FPÖ-Klubobmann im Gemeinderat, Stadtrat Michael Schnedlitz, wird Bürgermeister-Stellvertreter. FPÖ-Landtagsabgeordneter Udo Landbauer wird die Agenden des Klubobmanns übernehmen.

Entgegen anderslautenden Meldungen sind die Wiener Neustädter Grünen nicht Koalitionspartner, sie sollen aber den Vorsitz im Kontrollausschuss erhalten. „Es wäre demokratiepolitisch bedenklich, wenn eine der Parteien den Vorsitz erhalten würde, die in der Stadtregierung sitzt“, erklärte Schnedlitz diese Entscheidung.

Da auch noch Vorgänge aus der Amtszeit der vorherigen SPÖ-Stadtregierung untersucht werden sollen, habe sich die neue Koalition auf die Grünen geeinigt, sagte Schnedlitz: „Im Gegensatz zu deren Bundespartei und den Wiener Grünen haben unsere Grünmandatäre erkannt, dass die Ausgrenzungspolitik gegenüber der FPÖ ein Fehler ist.“

STEIERMARK **27 Millionen Euro für Straßenbau**

„In Zeiten knapper Budgets ist die richtige Prioritätensetzung bei Bauvorhaben sehr wichtig. Denn von den Investitionen in die Infrastruktur profitieren die Verkehrsteilnehmer, die Anrainer und die Wirtschaft gleichermaßen“, erklärte der steirische FPÖ-Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann zum beschlossenen 27-Millionen-Euro-Bauprogramm der Landesregierung. Zusätzlich wurden 17 Millionen Euro für die Sanierung und Errichtung von Brücken freigegeben. „Wichtige Infrastrukturprojekte für die Steiermark sind dadurch gesichert“, so Kurzmann.

VORARLBERG 

ÖVP-Landeshauptmann Wallner sieht zu – oder auch weg –, wie die grüne Landesrätin Wiesflecker die „grüne Freunderlwirtschaft“ installiert.

FPÖ deckt ersten grünen Postenschacher auf

FPÖ-Hosp fordert Einschreiten von ÖVP-Landeshauptmann Wallner

Landesrätin Wiesflecker will die Frauenberatungsstelle „femail“ grün einfärben. Die FPÖ protestiert gegen diesen „ungenierten Postenschacher“.

Die Geschäftsführung der Frauenberatungsstelle „femail“ in Feldkirch soll neu besetzt werden. Damit bei der Ausschreibung die „richtige Partei“ zum Zug kommt, hat die zuständige Landesrätin der Grünen, Katharina Wiesflecker, eine E-Mail an die Parteibasis geschickt. In dieser kündigte sie nicht nur offen ihre politische Einflussnahme auf die inhaltliche

Ausrichtung der unabhängigen Beratungsstelle an, sondern auch den vollen „politischen Rückhalt“ für Bewerberinnen der Grünen zu dieser „spannenden Aufgabe“ an.

FPÖ fordert Eingreifen

„Gerade wenn sich die grünen GutmenschInnen angesichts von Korruption und Skandalen als Saubermänner und Sauberfrauen hinstellen wollen, will es sich die grüne Neo-Landesrätin hingegen richten“, empörte sich Nicole Hosp, Frauensprecherin der Vorarlberger Freiheitlichen. Hosp verlangte von ÖVP-Landeshaupt-

mann Markus Wallner die sofortige Aufklärung dieser „ungenierten Freunderlwirtschaft“ seines grünen Koalitionspartners. „Wenn das so durchgeht, dann ist das nach den ersten 100 Tagen von Schwarz-Grün bereits ein Postenschacher der übelsten Sorte“, kritisierte Hosp das Vorgehen Wiesfleckers und das Schweigen der ÖVP. Diese Stelle in der Geschäftsführung der Frauenberatungsstelle dürfe nur aufgrund fachlicher Qualifikation und nicht wegen der politischen Zugehörigkeit zu einer Partei besetzt werden, appellierte die FPÖ-Frauensprecherin.

Sozialere Tarife gefordert

FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger und der FPÖ-Klubobmann im Tiroler Landtag, Rudi Federspiel, können der am 1. Februar in Kraft getretenen Tarifreform der Innsbrucker Verkehrsbetriebe (IVB) wenig positives abgewinnen.

„Es ist zwar gut und schön, dass die Jahreskarte billiger geworden ist, aber dass im Gegenzug Einzeltickets und die Monatstickets derart erhöht worden sind, ist nicht verständlich“, kritisierten die beiden FPÖ-Mandatare. So wurde das Monatsticket um 3,70 Euro teurer,

die Wochenkarte gar um 5,20 Euro, der Preis für das Tagesticket um 60 Cent und der des Einzelfahrscheines auch noch um 50 Cent erhöht.

Den von der für Verkehr zuständigen grünen Vizebürgermeisterin Sonja Pitscheider hervorgehobenen „Lenkungseffekt“ konnten Abwerzger und Federspiel nur in Richtung Mehreinnahmen für die IVB ernen. Beide forderten „eine vernünftige Preispolitik“, da gerade in Tirol die Lebenshaltungskosten in besonderem Maße hinaufgeschneit seien.



Die FPÖ fordert eine „sozialere Tarifgestaltung“ bei den IVB ein.



Dieter Egger
FPÖ-Landesparteiobmann Vorarlberg

Wir Freiheitliche treten in Vorarlberg in 39 Gemeinden an und sind für die Gemeinderatswahlen am 15. März bestens gerüstet. In einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf werden unsere Kandidaten ihre Vorstellungen einer transparenten und bürgerfreundlichen Politik persönlich an die Wähler vermitteln.

ÖVP-Absolute brechen

Umfragen zeigen, dass wir in den Städten mit starken Zuwächsen rechnen dürfen. So darf ich mir in der Stadt Hohenems Chancen auf das Amt des Bürgermeisters ausrechnen. Auch in Feldkirch werden Spitzenkandidat Daniel Allgäuer und seinem Team starke Zugewinne vorausgesagt. In der Landeshauptstadt Bregenz wird unserer sympathischen Bürgermeisterkandidatin Andrea Kinz zugetraut, mit dem amtierenden Bürgermeister in eine Stichwahl zu gehen. Zugewinne erwarten wir auch in Bludenz, in der Messestadt Dornbirn und in Lustenau. Die FPÖ-Bürgermeister in Nenzing und in Fußach sitzen fest im Sattel und haben durch ihre hervorragende Arbeit in den letzten Jahren ihre Positionen gestärkt.

Gesamthaft gesehen wird sich der Aufwind der Freiheitlichen auch bei den Gemeindevertretungswahlen zeigen. Dies umso mehr, weil viele Bürger von der neuen schwarz-grünen Landesregierung enttäuscht sind und es nicht verstehen können, dass es zu keiner bürgerlichen Regierung mit den Freiheitlichen als Regierungspartner gekommen ist.

Die Zeit der absoluten Mehrheiten der ÖVP in den Gemeindestuben gehört der Vergangenheit an. Dafür werden unsere freiheitlichen Kandidaten sorgen.

WIEN



WIENER SPAZIERGÄNGE



Sie kennen die alte G'schicht' von dem in Wien Ortskundigen, der auf der Ringstraße einen Wiener fragt: „Sag'n Sie mal, wie kommt man denn zu den Wiener Philharmonikern?“. Und die Antwort des Gefragten lautet: „Üben, üben, üben.“

Lueger und Häupl

Hat sich die Begegnung auf dem Dr.-Karl-Lueger-Ring abgespielt, hieße der Schauplatz heute korrekt Universitätsring.

Und das verdrießt mich. Schlägt man nämlich im bescheidensten Lexikon den Namen Lueger auf, ist da einiges zu lesen, was der Mann für unsere Stadt getan hat. Den Sozialdemokraten sei etwa gesagt, dass er im Anarchistenprozess 1883 erfolgreich für zwei angeklagte Arbeiter plädierte. Er hat die Pferdestraßenbahn elektrifiziert. Er hat die 2. Hochquellenwasserleitung, die Zentralsparkasse (die jetzt zur Bank Austria verkommen ist), Kinderhospize, Warenhäuser und Volksbäder ins Leben gerufen, und 1905 hat er den Wald- und Wiesengürtel errichtet. Sogar den Bau einer Moschee für bosnische Soldaten hat er in die Wege geleitet. Ein winziger Auszug aus seinem Tun.

Hans Moser sang: „Der Doktor Lueger hat mir einmal die Hand gereicht und hat gesagt: Mein braver Steuerträger...“ Ob irgendein Wienerlied-Sänger irgendwann Ähnliches über Herrn Doktor Häupl dudeln wird?

Hannes Wolff

Wahlrecht: Blamables Ende für rot-grüne Farce

FPÖ Wien beharrt weiter auf fairem, modernes Verhältniswahlrecht

Am vergangenen Freitag sind die Verhandlungen zwischen den rot-grünen Koalitionspartnern über ein neues Wiener Wahlrecht gescheitert. HC Strache und Wiens FPÖ-Klubchef Gudenus forderten in einer ersten Reaktion Neuwahlen.

Zwar bedeutet das rot-grüne Scheitern nach vierjähriger Verhandlungszeit kein vorzeitiges Ende der Koalition, wie SPÖ und Grüne betonten. Denn die Frage, ob das aktuell mehrheitsfördernde Wahlrecht in ein faires Verhältniswahlrecht geändert wird, soll nun im koalitionsfreien Raum entschieden werden. Trotzdem kam von Wiens FPÖ-Landesparteiobmann HC Strache scharfe Kritik: „Damit hat die wochenlange und phasenweise tatsächlich nicht unamüsante Komödie rund um das Wahlrecht ihr vorläufiges Finale erreicht. Dass die Koalition trotzdem fortge-



Bürgermeister Häupl und seine grüne Vize Vassilakou „im Pech“?

führt werden soll, das ist eine gefährliche Drohung!“

Grüne „Umfaller“?

Die FPÖ-Kritik richtet sich dabei primär gegen die Grünen, die noch im Mai 2010 für ein Verhältniswahlrecht eingetreten waren. Damals hatten sich die Oppositionsparteien FPÖ, ÖVP und Grüne vor

der Wien-Wahl per Notariatsakt verpflichtet, im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine Reform des mehrheitsfördernden Wahlrechts zu kämpfen. So sollte etwa die Mandatszahl einer Fraktion möglichst genau ihrem prozentuellen Stimmenanteil entsprechen, da derzeit die SPÖ als stimmenstärkste Partei begünstigt wird.

Grüner „politischer Sonnenuntergang“?

Kein gutes Haar ließ die Wiener FPÖ an der 73. Landesversammlung der Wiener Grünen, die diesen Samstag zwecks der Erstellung der Kandidatenliste für die heurige Wien-Wahl stattfand. FPÖ-LandesparteiSekretär Hans-Jörg Jenewein prophezeite den Grünen einen „politischen Sonnenuntergang“ und erklärte: „Fünf Jahre lang hat die marxistische Verbotspartei nunmehr die Wienerinnen und Wiener ausgesackelt und bevormundet – damit wird nach der Wiener Landtagswahl im Herbst endlich Schluss sein!“

Schon die SPÖ-Alleinregierung sei für Wien eine einzige Katastrophe gewesen. Die Regierungs-

beteiligung des grünen „Wurmfortsatzes“ habe die Lage jedoch nur massiv verschlechtert, analysierte Jenewein, der darauf verwies, dass in fünf Jahren Rot-Grün die Verschuldung der Bundeshauptstadt die 10-Milliarden-Euro-Grenze locker übersprungen habe und zudem die kommunalen Abgaben und Steuern ein Allzeithoch erreicht hätten. „Die Lebenshaltungskosten sind mit grüner Beteiligung massiv in die Höhe geschneit, die Arbeitslosenzahlen haben ein Allzeithoch erreicht und die Kriminalität explodiert. Die Wiener Grünen jedoch feiern sich trotz ihrer negativen Leistungsbilanz munter ab“, kritisierte Jenewein die Grünen.



FPÖ-Jenewein urteilte vernichtend über die Wiener Grünen.

Bundestag des RFS

Anfang Februar ging der Bundesdelegiertentag des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS) für das Jahr 2015 über die Bühne. An der Tagesordnung stand die Vorbereitung für den anstehenden Wahlkampf an den heimischen Universitäten.

Einstimmig wurde Alexander Schierhuber als langjähriger Bundesobmann zum vierten Mal in Folge bestätigt. Ein neues Gesicht tritt mit Felix Mayrbäurl, seit 2012 Student des Wirtschaftsingenieurwesens und Maschinenbaus



an der Technischen Universität in Wien, als ersten Stellvertreter auf. Markus Zellhofer wurde zum zwei-

ten Stellvertreter gewählt. Neue Pressesprecherin wird die Jus-Studentin Verena Inauen.



Karitative Spende

Die Vorsitzenden des Humanitären Komitees der FPÖ, Bundesparteiobmann HC Strache und die freiheitliche Europaabgeordnete Barbara Kappel, unterstützen Kerstin Gilschwert mit 1.000 Euro für den Ankauf eines Epilepsie-Warnhundes. Frau Gilschwert leidet seit ihrer frühen Jugend an Epilepsie. Der Hund „Barney“, der zur Zeit in Frankfurt einer Spezialausbildung unterzogen wird, soll die Mutter zweier Kinder rechtzeitig vor einem sich abzeichnenden Epilepsieanfall warnen.



Landestag der Freiheitlichen Arbeitnehmer

Der Landestag der Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) Wien am Mittwoch vergangener Woche stand ganz im Zeichen der anstehenden Wien-Wahl. Um da ein Gegengewicht gegen die rot-grüne Verliererkoalition bilden zu können, sei die gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Wiener Freiheitlichen und den Freiheitlichen Arbeitnehmern so wichtig,

betonte FA-Landesobmann Bernhard Rösch. Er wurde in seiner Funktion ebenso einstimmig bestätigt wie auch seine Stellvertreter Michaela Eggel, Angela Schütz und Wolfgang Seidl. „Wir Freiheitlichen Arbeitnehmer werden nichts unversucht lassen, um den längst fälligen Machtwechsel in dieser Stadt herbeizuführen“, kündigte Rösch an.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Großen medialen Staub hat eine parlamentarische Anfrage von FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl aufgewirbelt. Nach dem Exklusivbericht in der „Krone“ sind etliche Medien auf die Geschichte aufgesprungen und haben groß über eine Broschüre des Frauenministeriums berichtet, in der beklagt wird, dass in arabischen Ländern nicht „genderechtig“ gesteinigt wird (siehe Bericht auf S. 3).

Fehlende Sensibilität bei Todesstrafe? Steinigungen sollten „genderechtig“ sein



„Griechen raus aus dem Euro“ fordert FPÖ-Chef HC

Strache im „Österreich“-Interview. Denn schön langsam kommen all jene in Argumentationsnotstand, die noch vor Jahren behauptet haben, dass ein Ausstieg der Griechen aus der Gemeinschaftswährung unmöglich wäre. Die FPÖ hat sich immer schon für einen „Grexit“ und für die Rückkehr der Griechen zur Drachme ausgesprochen.

GEFÄLLT MIR



HC Strache
13.02.2015

Heute beim Opernball! Mit Kerstin Lechner, einer lieben Freundin von mir (aus der Wachau), welche seit Jahren in LA lebt!



2.660 Personen gefällt das.

Großes mediales Rätselraten herrschte um die auffallend hübsche Begleiterin von FPÖ-Obmann HC Strache am Opernball. Er selbst löste auf Facebook das „Geheimnis“. Es handelt sich um Kerstin Lechner aus Niederösterreich, die seit Jahren in Los Angeles als Modell lebt und arbeitet.



www.fpoe-tv.at

Top-Themen der Woche im FPÖ-TV-Magazin:

- Rieder Aschermittwoch mit HC Strache
- Unverschämtes FPÖ-Bashing im ORF
- Genderwahn wird immer skurriler



Marlies Gasser



YouTube /fpoetvonline

Leben nach der Querschnittslähmung

Ratgeber für behinderte und pflegebedürftige Menschen



Im August 2003 verunglückte der österreichische Politiker Ing. Norbert Hofer beim Paragleiten schwer. Die Diagnose lautete: Querschnitt komplett – ein Leben im Rollstuhl.

In der neuesten Publikation des FPÖ-Bildungsinstitutes schildert der Dritte Nationalratspräsident seinen langen Weg zurück. Er widmet das Buch all jenen, die vor einer ausweglosen

Situation stehen, ein Schicksal zu meistern haben, vielleicht ein kleines Fenster brauchen, um den Ausblick auf ein neues Leben zu finden. Ein Leben von neuem Glück.

Das Buch enthält auch einen praktischen Ratgeber für Betroffene und Angehörige: Wie plant man barrierefrei, wie vermeidet man Wundliegen oder an wen kann ich mich wenden, wenn ich Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit brauche?



Gratis zu beziehen über das:
FPÖ-Bildungsinstitut
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a
1080 Wien

Tel.: +43-1-512 35 35-0
E-Mail: karin.itzenthaler@fpoe.at

Mit ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.